

# Dresdner Nachrichten

Geegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden  
Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241  
Nur für Nachrichten: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 21. Januar 1928 bei halbjährlicher Bestellung frei Haus 1,50 Mk. Vierteljahrespreis für Monat Januar 3 Mark ohne Postzusatzgebühren.

Einzelnummer 10 Pfennig  
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Die empfindliche u. nun breite Seite 6 Pfg., für auswärts 8 Pfg. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 12 Pfg., die 1/2 Seite breite Reklamezeile zu Pfg. außerhalb 10 Pfg. Chertengeld 10 Pfg. Ausw. Austräge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:  
Marienstraße 38 42  
Druck u. Verlag von **Wiedig & Reichardt** in Dresden  
Postfach-Nr. 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe. "Dresdner Nachr." ist ein unverantwortliches Verbrechen werden nicht aufbewahrt.

## Vom deutsch-französischen Handelsvertrag.

Das Hilfsprogramm für die Landwirtschaft. — 760 Millionen Pfund jährliche Rüstungsgelder.

### Der Gesekentwurf in der Kammer.

#### Das Geleitwort der Regierung.

Paris, 24. Jan. In der Kammer ist heute nachmittags der Gesekentwurf betreffend die Billigung des am 16. August 1927 unterzeichneten deutsch-französischen Handelsvertrages verlesen worden. Die Begründung lautet wie folgt: Das deutsch-französische Handelsabkommen stellt vom juristischen wie vom politischen Standpunkt aus das vollkommenste Instrument dar, das zwei Regierungen seit dem Kriege verwirklicht haben. Es war in der Tat von Bedeutung, um die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland so fruchtbar wie möglich zu gestalten, daß eine verbesserte Regelung an die Stelle gewisser Bestimmungen des Versailleser Vertrages trat, die seit dem 10. Januar 1925 hinsichtlich geworden waren, und daß diese Regelung von dem Geiste einer für die Entwicklung der zwischen beiden Ländern notwendigen Zusammenarbeit bis zur Wiederherstellung normaler Beziehungen in Europa getragen war. Weil das am 16. August 1927 abgeschlossene Abkommen sich von dieser Aufstellung leiten läßt und diese Bemühung verwirklicht, hat die Regierung die feste Hoffnung, daß dieses Abkommen vom Parlament gebilligt werden wird.

#### Beginn der Finanzdebatte.

Paris, 24. Januar. Die Kammer trat am Dienstag in die Beratung der 15 Finanzinterpellationen ein. Den Redner der Kammer eröffnete der sozialistische Deputy **Herle Bedouce**, der die Interpellation über die Ertragssteuern und Vermögenssteuern der allgemeinen und besonders der Finanzpolitik der Regierung begründete. Er verwies darauf, daß die Sozialisten an eine Frankenkreditversicherung zu einem günstigeren Kurs als den gegenwärtigen als Ursache der Frankenzerrüttung nannte er die falsche Finanzpolitik der Regierung während und nach dem Kriege und wies auch darauf hin, daß man sich mit dem beauceron "Deutschland wird zahlen" über alle Schwierigkeiten hinwegsetzen habe.

Der Radikalsozialist **Samoureux** wies auf die schweren Steuerlasten hin und bezeichnete eine baldige Stabilisierung als notwendig.

**François-Poncet** von der republikanisch-demokratischen Partei verkannte nicht die augenblickliche Wirtschaftskrise, setzte sich aber für die Fortsetzung der Politik **Poincarés** ein. Zur Frage der Stabilisierung meinte er, eines Tages würde das Land durch zwei Zeilen in den Zeitungen davon unterrichtet werden, daß die Stabilisierung durchgeführt sei. Diese Bemerkung rief den Ministerpräsidenten **Poincaré** auf den Plan, der erklärte, es werde eine parlamentarische Beratung stattfinden, denn die Regierung habe nicht das Recht, die Stabilisierung ohne das Parlament vorzunehmen. Die Kammer vertagte sich auf Donnerstag.

#### Für Abkürzung der Räumungsfristen.

##### Sauerweinsche Feststellungen an die falsche Adresse.

Wien, 24. Januar. Sauerwein, der politische Leiter des "Matin", veröffentlicht im "Mainzer Anzeiger" einen Aufsatz über die politische Stabilisierung Frankreichs. Bei dem Kapitel "Außenpolitik" führt er u. a. aus: Was Frankreichs Politik gegenüber dem Völkerbund, die in der Annäherung an Deutschland ihren symbolischen Ausdruck gefunden habe, anlangt, so habe Briand es verstanden, Frankreich durch das Meer der inneren Schwierigkeiten hindurchzuführen. Er, Sauerwein, könne versichern, daß im französischen Ministerrat neun Stimmen gegen vier Stimmen für eine Abkürzung der Räumungsfristen seien. Diese Dinausagerung der vom rein militärischen Gesichtspunkt abgesehen hinhaltigen Besetzung deutschen Gebietes lasse sich auf die Dauer nicht in Einklang bringen mit einer Politik, die darin bestünde, Deutschland bei der Lösung aller großen europäischen Fragen heranzuziehen.

Diese Äußerungen Sauerweins sind immerhin erfreuliche Zeichen für die wachsende Erkenntnis in Frankreich, daß die militärisch nutzlose Rheinlandbesetzung nicht in Einklang mit der Völkerverständigung zu bringen ist. Aber was nützt dieses Erkenntnis des "Matin"-Leiters und dessen Feststellung, daß neun Minister für die Abkürzung seien, wenn eben diese Mehrheit des Kabinetts nicht die Kraft hat, die vier Gegner zu derselben Ansicht zu bekehren. Derartige Auslassungen sind schon oft zu realisieren gewesen. Jedoch wäre es besser, sie würden an die richtige Adresse gerichtet, denn ihre Veröffentlichung in deutschen Blättern ist praktisch völlig wertlos, oder sollen diese Verständigungsarbeiten die deutsche Öffentlichkeit von den neuesten französischen Übergriffen im besetzten Gebiet ablenken? Solches Bemühen, Herr Sauerwein, ist nutzlos. Hätte es nicht größeren praktischen Wert, wenn Sie mit Ihrer Feder Ihre Landsleute auch von Ihrer im "Mainzer Anzeiger" geäußerten Ansicht überzeugen würden, die Sie den Deutschen nicht mehr zu propagieren brauchen.

Auch ist mit der Abkürzung der Räumungsfristen der Völkerverständigung durchaus nicht Genüge getan. Die Gesamträumung der besetzten Gebiete, Herr Sauerwein, und diese außerdem so schnell wie nur möglich, würde weit schneller als alle schönen Worte das "vollkommenste Instrument" zur Verwirklichung des deutsch-französischen Ausgleiches sein. Möchte sich die französische Regierung auch nur in ihrer Außenpolitik gegenüber Deutschland von den gleichen Gedankengängen leiten lassen, wie sie es in ihrem Geleitwort zum deutsch-französischen Handelsvertrag getan hat!

#### Wegen Singens des Deutschlandliedes bestraft.

Nachen, 24. Januar. Die bekannte Affäre im Restaurant "Vier Jahreszeiten" (wegen Singens des Deutschlandliedes) im Anwesenheit belgischer Offiziere wurde das Restaurant von der Verwaltungsbehörde für achtzehn Tage geschlossen) hatte ein Nachspiel vor dem belgischen Gericht. Der Inhaber des Restaurants wurde wegen dieses Vorfalles zu hundert Mark Geldstrafe oder acht Tagen Gefängnis verurteilt, der Kapellmeister zu zwei hundert Mark Geldstrafe oder fünfzehn Tagen Gefängnis.

#### Der Bannstrahl aus Magdeburg.

"Wenn Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit." Die Päpste von Sozialdemokratie und Reichsbanner im trauten Verein haben sich bemüht, die Wahrheit des alten Wortes aufs neue zu erweisen, als sie sich im Ueberfluge ihres Machtgefühls entschlossen, den Bannstrahl der Republik gegen die Abtrünnigen von der Sozialistischen Partei nach Dresden zu schleudern. Ihr Urteil ist lehrreich auch für die, die es nicht direkt angeht, und zwar in mehr als einer Hinsicht. Einmal schafft es nach allzuviel Zweideutigkeiten Klarheit über die wahre Natur jener Organisation, die den Schutz der Republik höchst eigenmächtig in Pacht genommen hat. Denn dank des Umstandes, daß zwei nichtsozialistische Parteien trotz aller schlimmen Erfahrungen immer noch ihren guten Namen hergeben als Aushängeschild für ein Gebilde, das längst zur Parteitruppe für Klassenkampf und sozialistische Revolution geworden ist, konnte die Reichsbannerleitung bis jetzt mit einem äußeren Anstrich von Ueberparteilichkeit auf den Gimpelgang geben in den Reihen derer, die bekanntlich nicht alle werben. Der schlagende Beweis für die Identität von Reichsbanner und Sozialdemokratie, der auch dem politisch Blinden die Augen öffnen mußte, hat noch gefehlt. In ihrer Verblendung haben ihn die Vongen von Magdeburg und Berlin mit der Entscheidung gegen die Altsozialisten selbst geliefert.

Um der Klarheit und Wahrheit in unserer Innenpolitik willen können wir uns darüber nur freuen. Das ist keine Schadenfreude, wie die linksradikale Presse immer unterstellt, wenn aus Stimmen der bürgerlichen Blätter Sympathie für das mutige Gelingen der Altsozialisten herausfließt; denn wir leben in diesem Kern einer neuen, vielfach zukunftsreichen Bewegung immerhin eine Partei sozialistischer Prägung, wenn auch mit positiven Vorzeichen. Weil sich aber in ihren Kreisen unverkennbar Ideen regen, lebendige Gedanken, die, wenn ihnen der Sieg vergönnt ist, imstande wären, den deutschen Arbeiter bei voller Wahrung seiner Standesinteressen mit Staat und Nation zu versöhnen, darum hat sie sich den tödlichen Doh der großen Mutterpartei zugezogen, deren Lebenselement eben die disziplinierte Selbstlosigkeit ist. Nachdem alle anderen Mittel zur Vernichtung der A. S. P. fehlgeschlagen waren, haben die besonders forschen sächsischen Radikalen schon seit Jahren den großen Schlag im Reichsbanner vorbereitet, der die Führer der Altsozialisten durch Aberkennung der Republikfähigkeit um den letzten Rest proletarischen Ansehens in den Augen einer nach Außerlichkeiten urteilenden Masse bringen sollte. Und es ging in diesem zähen Ringen in der Bundeszentrale in Magdeburg, wie es seinerzeit in der Berliner Parteizentrale bei dem Kampf um den Ausschluß der Dreizehnwanzig gegangen war. Erst sperrte sich der Bundesvorstand, weil er gerechterweise nicht anders konnte, als die auf republikanische Gesinnung der Altsozialisten zu bekämpfen, dann wich er Schritt um Schritt zurück vor dem Trommelfeuer radikaler Anträge und Drohungen, getreu dem Grundsatz von **Weld**, daß es besser sei, mit den Massen zu trennen, als gegen sie anzugehen, und schließlich kam, was in dieser Linie kommen mußte: die völlige Kapitulation.

Man kann es ohne weiteres glauben, wenn der "Volkstaat" versichert, daß der Bundesvorstand sich nur widerwillig zu diesem Nechtungsbeschlusse verstanden habe, und daß eine Art Ultimatum des Berliner Parteivorstandes den Ausschlag gegeben hat. Dieser Vorgang bestätigte nur die Erkenntnisse, die durch die ungeschickte Begründung des Urteilspruches vermittelt werden. Wäre einfach gesagt worden, daß die stark nationalen Tendenzen, insbesondere in der Auffassung der Außen- und der Reparationspolitik, die mit **Nieckisch** in die A. S. P. eingezogen sind, mit dem Geist und der politischen Willensrichtung des Reichsbanners nicht vereinbar sind, dann wäre das logisch und unanfechtbar gewesen. Nichts Neues zwar, aber doch eine plausible Erklärung, die die alte Erbsahrung bestätigt hätte, daß das, was im französischen Sozialismus (**Paul Boncour**) eine Selbstverständlichkeit ist und was auch zu **Bebel's** Zeiten bei uns noch denkbar war, nämlich die belabende Einstellung zu Staat und Nation, für die heutige deutsche Sozialdemokratie eine Todsünde bedeutet. Aber dieser verheerete Hauptgrund wird nur so nebenbei angedeutet und als offizieller Beweis für die antirepublikanische Gesinnung der A. S. P. die Tatsache aufgeführt, daß sie durch das Abstreifen ihres Uebergangscharakters und das Dinausgreifen über den engeren sächsischen Rahmen auf das Reich in den offenen Kampf gegen die stärkste republikanische Partei Deutschlands, gegen die Sozialdemokratie selbst, eingetreten ist. Also, jetzt ist die Hörsinglage aus dem Saal, jetzt haben wir's schwarz auf weiß: die deutsche Republik, so wie sie ihre Schutztruppe, das Reichsbanner, versteht, ist die Sozialdemokratische Partei; wer gegen sie angeht, der ist ein Feind dieser Republik und der steigt. Das hat nicht nur Herr **Hörsing** gesagt — der hat schon größeren Unfug von sich gegeben und ist deshalb nicht mehr ernst zu nehmen —, auch seine Kollegen im

## Wie den Landwirten geholfen werden soll.

Spätere Rückforderung der Düngerkredite. — 100 Millionen Kredit für Personalschulden.

Berlin, 24. Januar. Im interfraktionellen Ausschuss wurden die Verhandlungen über die Anwerkreise nachmittags fortgesetzt. Erst wurden Bedenken wegen der Uebernahme der Rentenbankschulden durch das Reich erörtert. Es wurde darauf hingewiesen, daß eine solche Maßnahme die Kreditwürdigkeit der Landwirtschaft besonders im Ausland in einem zweifelhaften Lichte erscheinen lassen könnte. Die ganze Frage wurde als nicht spruchreif angesehen und dem Finanzministerium zur weiteren Prüfung überwiesen. Anschließend wurde die allgemeine Kreditlage erörtert und festgestellt, daß die Ueberwälzung des Kreditvolumens der Rentenbank auf Rückforderungen geführt habe, welche die Genossenschaftszentralen und Banken hart bedrückten. In dieser Hinsicht der Tätigkeit der Rentenbank trete noch ihre Belastung durch 60 Millionen der Rentenbankschuld.

Diese belasten sie bei der Reichsbank. Es wird versucht werden, dieses Kontingent von 60 Millionen den Preußenkassen abzunehmen. Der Reichsfinanzminister ist gleichzeitig bereit, den im vorigen Jahre fälligen 100-Millionen-Düngerkredit erst ab der Mitte 1928 und am 31. März 1929 in Raten zurückzufordern. Dadurch würden die Preußenkassen in den Stand gesetzt, die am 1. Februar und am 1. April fälligen Wechselraten nicht zurückzufordern. Die Lage des Auslandsmarktes wurde als zurzeit unausgeglichen betrachtet. Es wird gerade hier eine Besserung erhofft.

Dann wurde die Frage erörtert, ob die Begebung von Schatzwechseln zweckmäßig wäre, und festgestellt, daß die

Reichsregierung in dieser Hinsicht von der Lage des Geldmarktes abhängig ist. Schließlich wird vom Reich beabsichtigt, bis zu 100 Millionen als Zwischenkredit für die Ueberleitung der schwebenden Personalschuld in fundierte Kredite auszuwerfen. An den Verhandlungen nahmen u. a. der preussische Landwirtschaftsminister und Vertreter der Preußenkassen und der Rentenbankkreditanstalt, dagegen nicht der preussische Finanzminister teil.

#### 88 Landwirte lehnen die Steuerzahlungen ab

Kostock, 24. Jan. Nach einer Meldung des "Hofener Anzeiger" haben 88 Landwirte aus dem Amte **Waren** und Umgebung in einem Schreiben an das Landesfinanzamt **Mecklenburg-Vorpommern** erklärt, daß sie nunmehr, nachdem auch ihre letzten Hoffnungen auf ausweichende Umwetterentscheidungen wieder getäuscht seien, nicht mehr in der Lage sind, ihre Landessteuern zu zahlen. Sie erklären sich bereit, alle hieraus entstehenden Folgen auf sich zu nehmen. (SFB.)

Zum Gedächtnis des großen deutschen Komponisten **Franz Schubert** veranstalteten der Reichskanzler und **Frau Marx** in den Räumen des Reichskanzlerhauses ein geselliges Beisammensein, bei dem der Kammerjäger **Schlusum** und das **Dehmann-Quartett** Werke von **Schubert** zum Vortrag brachten. Der Einladung waren die Reichs- und die Staatsminister, das diplomatische Korps, die Reichsratsbevollmächtigten, die Staatssekretäre der Reichsministerien sowie Vertreter von Wirtschaft, Kunst und Wissenschaft mit ihren Damen gefolgt.